



Niederschrift zur 6. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen

Sitzungstermin: Mittwoch, den 12.05.2021
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 22:11 Uhr
Ort, Raum: **Sporthalle Dabendorf, Jägerstraße 13, 15806 Zossen, GT Dabendorf**

Anwesend sind:

Stadtverordnete(r)

Herr Thomas Blanke
Herr Stefan Christ
Herr Thomas Czesky
Herr Detlef Gurczik
Herr Markus Herrmann
Herr Peter Hummer
Herr René Just
Herr Wilfried Käthe
Herr Detlef Klucke
Herr Torsten Kniesigk
Frau Janine Küchenmeister
Herr Hermann Kühnapfel
Herr Edgar Leisten
Frau Martina Leisten
Herr Norbert Magasch
Herr Olaf Manthey
Herr Marko Njammasch
Herr Carsten Preuß
Herr Max Reimann
Herr Sven Reimer
Herr Alexander Rümpel
Herr Reinhard Schulz
Herr Steffen Sloty
Herr Rolf von Lützow
Herr Matthias Wilke
Herr Wolf-Dieter Wollgramm

Bürgermeisterin

Frau Wiebke Schwarzweller

Öffentlichkeitsarbeit

Herr Michael Roch

Protokollantin

Frau Miriam Heinrich
Frau Carolin Peidelstein

Es fehlen:

Stadtverordnete(r)

Herr Rainer Zurawski

entschuldigt

Hinweis:

Die Sitzung findet als Präsenzsitzung nach § 5 der Brandenburgischen kommunalen Notlagenverordnung (BbgKomNotV) statt.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 14.04.2021
5. Bericht aus der Verwaltung
6. Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL
7. Einwohnerfragestunde
8. Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung
9. Offizielle Ernennung der Beiratsmitglieder Zukunft Zossen durch Frau Schwarzweller
- 9.1. Wahl eines Vertreters/ einer Vertreterin der Stadt Zossen in dem Modellprojekt "Zukunft Zossen"
10. Beschlussvorlagen
- 10.1. Zustimmungsbefähigte Geschäfte der Zossener Wohnungsbau GmbH
Vorlage: 072/21
- 10.2. Bahnquerung für Kraftfahrzeuge in Dabendorf innerorts - Festlegung der Variante
Vorlage: 063/21
- 10.3. Feststellung des Jahresabschlusses 2019 der Zossener Wohnungsbaugesellschaft und Entlastung der Geschäftsführung für das Jahr 2019 (Wiedervorlage)
Vorlage: 004/21
- 10.4. Einbringung einer Sacheinlage in die Schulbau Dabendorf GmbH über die ZWG
Vorlage: 065/21
- 10.5. Einbringung des Antrages der Fraktion Plan vom 29.04.2021, eingegangen bei der Stadt Zossen am 30.05.2021: Bildung und Besetzung eines Zeitweiligen Ausschusses „Prüfungsausschuss (PA 1)“ zur Prüfung und Aufarbeitung der Probleme rund um die neue Gesamtschule Dabendorf und Unterbreitung von Lösungsvorschlägen
Vorlage: 067/21
- 10.6. Einbringung des Antrages der Fraktion Wir für Zossen vom 02.05.2021, eingegangen bei der Stadt Zossen am 03.05.2021: Bildung und Besetzung eines Zeitweiligen Ausschusses "Prüfungsausschuss (PA1)" zur Prüfung und Aufarbeitung des fast unbekanntes Projektes "Zukunft Zossen"
Vorlage: 069/21
- 10.7. Offenlagebeschluss des Bebauungsplanes Machnower Chaussee neben NETTO
Vorlage: 043/21
- 10.8. Offenlagebeschluss für den 2. Entwurf des Bebauungsplanes „An der Trebbiner Landstraße" im Gemeindeteil Werben des Ortsteils Glienick
Vorlage: 054/21
- 10.9. Offenlagebeschluss für den Entwurf des Bebauungsplanes "Nächst Neuendorfer Landstraße" in Zossen
Vorlage: 058/21
- 10.10. Befreiung von den Festsetzungen des Vorhaben- und Erschließungsplanes "Am Mittelweg"; Hier: Geschossigkeit, Fenstergestaltung, Lage der Eingangstür
Vorlage: 059/21
- 10.11. Teilaufhebung des Beschlusses 098/20, Nr. 3, Ulrich Böhme - Berufung sachkundiger Einwohner in die Fachausschüsse der Stadt Zossen
Vorlage: 068/21
- 10.12. Antrag der Fraktion DIE LINKE/SPD Zossen vom 24.02.2021, eingegangen in der Stadt Zossen am 02.03.2021: Städtebauliche Folgekostenverträge
Vorlage: 047/21
- 10.13. Antrag der Fraktion DIE LINKE/ SPD Zossen vom 18.04.2021 eingegangen bei der Stadt Zossen am 19.04.2021: Waldstadtcharakter in Wünsdorf-Waldstadt erhalten
Vorlage: 064/21

Die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 12.05.2021 wird am 19.05.2021 um 18:30 Uhr in der Sporthalle Dabendorf, Jägerstraße 13, 15806 Zossen, GT Dabendorf, ab dem Tagesordnungspunkt fortgeführt, der als nächster nach der Unterbrechung der Sitzung vom 12.05.2021 auf der Tagesordnung steht.

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung**

Die Sitzung wird durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Kühnapfel, um 18:46 Uhr eröffnet.

Herr Kühnapfel gibt Hinweise zur geänderten Sitzordnung. Sollte es Wünsche oder Änderungsvorschläge geben, diese bittet er, mit Skizze per E-Mail an ihn zu senden.

zu 2 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Kühnapfel stellt fest, dass von den 27 Stadtverordneten (zuzüglich Frau Schwarzweller) 25 anwesend sind. Die Sitzung ist somit beschlussfähig.

Die Sitzung findet als Präsenzsitzung statt. Herr Reimer und Herr Wollgramm nehmen online an der Sitzung teil.

zu 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Schwarzweller:

Es wäre sinnvoll wenn der Antrag der Fraktion Wir für Zossen mit dem Tagesordnungspunkt 10.6 (BV-Nr. 069/21 - Antrag der Fraktion Wir für Zossen vom 02.05.2021, eingegangen bei der Stadt Zossen am 03.05.2021: Bildung und Besetzung eines Zeitweiligen Ausschusses "Prüfungsausschuss (PA1)" zur Prüfung und Aufarbeitung des fast unbekanntes Projektes "Zukunft Zossen") nach dem Tagesordnungspunkt 9.1 (Wahl eines Vertreters/ einer Vertreterin der Stadt Zossen in dem Modellprojekt "Zukunft Zossen") kommt und dafür der Tagesordnungspunkt 10.2 (BV-Nr. 063/21 - Bahnquerung für Kraftfahrzeuge in Dabendorf innerorts - Festlegung der Variante) nach dem Tagesordnungspunkt 10.5 (Einbringung des Antrages der Fraktion Plan vom 29.04.2021, eingegangen bei der Stadt Zossen am 30.05.2021: Bildung und Besetzung eines Zeitweiligen Ausschusses „Prüfungsausschuss (PA 1)“ zur Prüfung und Aufarbeitung der Probleme rund um die neue Gesamtschule Dabendorf und Unterbreitung von Lösungsvorschlägen - Vorlage: 067/21) kommt.

Herr Preuß:

Der Tagesordnungspunkt 10.12 (BV-Nr. 047/21 - Antrag der Fraktion DIE LINKE/SPD Zossen vom 24.02.2021, eingegangen in der Stadt Zossen am 02.03.2021: Städtebauliche Folgekostenverträge) wird zurückgezogen und für die nächste Sitzung vorgesehen.

Herr Manthey:

Bei Tagesordnungspunkt 10.5 (BV-Nr. 067/21 - Antrag der Fraktion Plan vom 29.04.2021, eingegangen bei der Stadt Zossen am 30.05.2021: Bildung und Besetzung eines Zeitweiligen Ausschusses „Prüfungsausschuss (PA 1)“ zur Prüfung und Aufarbeitung der Probleme rund um die neue Gesamtschule Dabendorf und Unterbreitung von Lösungsvorschlägen) bittet er darum eine redaktionelle Änderung in der Überschrift vorzunehmen.

Es handelt sich um die Fraktion Plan B – offene Liste und der Eingang bei der Stadt Zossen war sicherlich am 30.04.2021 und nicht am 30.05.2021. Zusätzlich bittet er darum, das das *Einbringen des* in der Überschrift entfernt wird.

Herr Kühnapfel:

Die Überschrift wird wie folgt geändert:

~~Einbringung des~~ Antrages der Fraktion Plan B – offene Liste vom 29.04.2021, eingegangen bei der Stadt Zossen am 30.04.2021: Bildung und Besetzung eines Zeitweiligen Ausschusses „Prüfungsausschuss (PA 1)“ zur Prüfung und Aufarbeitung der Probleme rund um die neue Gesamtschule Dabendorf und Unterbreitung von Lösungsvorschlägen

Vorlage: 067/21

Abstimmung zur geänderten Tagesordnung: 25 / 0 / 0

zu 4 **Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 14.04.2021**

Es liegen keine Einwendungen gegen die oben genannte Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt damit als angenommen.

zu 5 **Bericht aus der Verwaltung**

Ab 18:58 Uhr ist Herr Czesky online dazu geschaltet. Es sind nun 26 Stadtverordnete anwesend.

Der Bericht aus der Verwaltung wurde vor der Sitzung an alle anwesenden Stadtverordneten in schriftlicher Form verteilt. Frau Schwarzweller erörtert den Bericht aus der Verwaltung anhand einer PowerPoint-Präsentation für die anwesenden Bürger. Er umfasst folgende Punkte:

- I Krisenstab/ Ordnungsamt
- II Bauamt
 - II.1 Feuerwehr Wünsdorf
 - II.2 Kita Rappelkiste in Wünsdorf – Außenanlagen
 - II.3 Sanierung Nebengebäude der Kita „Villa“ in Dabendorf (ehem. Landambulatorium)
 - II.5 Kita Bummi in Zossen
 - II.6 Goetheschule Zossen/ Brandschutzkonzept
 - II.7 Sanierung/ Umbau (alte) Gesamtschule Dabendorf
 - II.8 Heimatmuseum „Alter Krug“ Zossen
 - II.9 Regenwasser allgemein
 - II.10 Winterdienst 2021/2022 und folgende Jahre
 - II.11 Stadtreinigung
 - II.12 Sportplatzweg in Kallinchen
 - II.13 Gehweg-Regulierung in Schöneiche
 - II.14 Beleuchtung in Dabendorf
 - II.15 Umgestaltung Bahnhofsumfeld – Bahnhof Wünsdorf
 - II.16 Einmündungsbereich Straße zum Königsgraben/ Jägerstraße in Dabendorf
- III Kita- und Schulamt
 - III.1 Kindertagesstätten
 - III.2 Horte
 - III.3 Rückzahlungen der Elternbeiträge aufgrund Corona
- IV Kämmerei
 - IV.1 Vergleich Finanzrechnung 04/2020 vs. 27/04/2021
 - IV.2 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
 - IV.3 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
 - IV.4 Jahresübersicht: Liquiditätsentwicklung 2021 inkl. Forecast
- V Sonstiges
 - V.1 Fördermittelmanagement
 - V.2 Neue Gesamtschule Dabendorf
 - V.3 Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“

Der Bericht ist dem Urprotokoll als Anlage beigefügt.

zu 6 **Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL**

keine

zu 7 **Einwohnerfragestunde**

Herr Wilke ist ab 19:14 Uhr da. Es sind somit 27 Stadtverordnete anwesend.

Einwohner 1:

Thema Bahnquerung Dabendorf: Warum wurde keine Versammlung mit den Anwohnern durchgeführt? Wann das EBA das Bauvorhaben ablehnt, was passiert dann mit der Summe die vom EBA gefördert wird? Wie soll die Differenz bezahlt werden? Bleibt die Beschlussvorlage erhalten? Ist die Querung ab Kaufland bis dahin fertig gestellt? Was passiert mit den Baustellentransporten? Bei 8 % Gefälle, wo wird da angefangen zu bauen?

Frau Schwarzweller:

Wir werden heute den Beschluss fassen, um mit dem EBA und der Deutschen Bahn in die nächsten Verhandlungen einsteigen zu können. Es gab noch keine Versammlung, da wir nicht wissen welche Variante dann greift. Wenn wir mehr Klarheit haben und erste Entwürfe zur Kreuzungsvereinbarung haben, dann wird es eine Einwohnerversammlung geben. Bis jetzt haben mich oder das Bauamt keine weiteren Fragen von Anwohnern aus Dabendorf erreicht. Wir wollen das bestmögliche für unsere Stadt. Wir gehen davon aus, dass die Straße für alles, was über die 7,5t geht, gesperrt werden kann. Wir werden Verkehrszählungen an beiden Knotenpunkten durchführen. Dann sehen wir, wie sich alles entwickelt und ob wir eine 30 Km/h Zone, um die Belastungen so gering wie möglich zu halten, brauchen. Einen Beschluss für die 7,5t gibt es bereits.

Einwohner 2:

Am 17.04. wurde eine Müllsammelaktion organisiert. Es haben bis zu 100 Einwohner daran teilgenommen und es wurden über 200 Säcke Müll aus den Wäldern geholt. Zusätzlich dazu kamen noch diverse Reifen und Sondermüll. Die Zusammenarbeit mit einigen Stadtverordneten und der Verwaltung hat sehr gut geklappt.

Einwohner 3 – Ortsvorsteher Horstfelde:

1. Folie zum Fördermittelantrag – Bau am Königsgraben – Am 15.3 wurde der Antrag gestellt. Sie sagten 15.1. Was trifft nun zu?
2. Aussage KTUE – Grundstücke werden bereits angekauft oder liegen beim Notar vor. Bis heute habe er noch keine Antworten auf die Fragen vom 18.01. bekommen.

Frau Schwarzweller:

Der Antrag wurde in Gänze im März gestellt. Der KTUE betrifft den nicht öffentlichen Teil. Sie werden informiert, wenn es soweit ist. Es wurden alle Fragen beantwortet.

Einwohner 4:

1. Die Stadt hat die Gewerbesteuer erhöht. Wie viele Betriebe haben Zossen verlassen?
2. Wann wird die elektronische Ausstattung für die neue Schule geliefert bzw. bereitgestellt?

Frau Schwarzweller:

Es ist bekannt, dass uns ein großer Steuerzahler verlassen hat.

Die technischen Geräte haben wir Europaweit ausgeschrieben. Geräte sind aktuell schwer verfügbar. Die Schule wird so ausgestattet, dass sie betriebsfähig sein wird. Mit der Elektronik gibt es keine Probleme. Die Smartboards sind im Beschaffungsprozess.

Einwohner 5:

1. In der Presse stand, dass Sie die Bahnunterführung Brandenburger Straße nicht behindertengerecht machen wollen. Stimmt das?
2. Ist den Stadtverordneten bekannt, dass sie der Zweigleisigkeit zustimmen? Es wird dann keine 3. Bahn-Anbindung oder S-Bahn-Anbindung geben.

Frau Schwarzweller:

Wir haben durch die Bahn untersuchen lassen, inwieweit eine Barriere gerechte Variante möglich ist. Wir sind den Empfehlungen der Planungsbüros gefolgt. Die Planung kommt nicht von der Stadt Zossen. Den Fehler, dass wir nicht Barriere gerecht bauen, werden wir, wie an der Brücke in Mellensee, kein zweites Mal machen. Die Planung wurde geändert und wird nun Barriere gerecht.

Es wird eine behindertengerechten Punkt geben. Es könnte an der Goethestraße sein, da die Anbindung der Infrastruktur besser ist. Frau Schwarzweller möchte sich darauf aber nicht festlegen.

Eine S-Bahn-Anbindung stand aktuell nicht zur Option. Welcher Knotenpunkt an welcher Strecke kommen wird, können wir aktuell noch nicht einschätzen. Richtung Jüterbog können wir das im Streckenplan nicht beeinflussen.

Einwohner 6:

Warum soll die Lärmbelastung erst später geprüft werden? Wieso nicht erst prüfen und dann für eine Variante entscheiden. Was sind die Alternativen? Es werden juristische Auseinandersetzungen auf sie zukommen. Haben sie Alternativen zum Umsetzen? Es kommt ggf. auch zum Baustopp.

Frau Schwarzweller:
Sie nimmt es zur Kenntnis. Die Stadt wird von guten Experten beraten und betreut.

zu 8 Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung

Frau Leisten:
Alle Stadtverordneten haben den Brief eines Projektes in Neuhof erhalten. Hat sich jemand von Ihnen mit dem Betreiber auseinandergesetzt? Wenn ja, wie ist ihre Einschätzung? Frau Leisten ist vom Projekt komplett überzeugt. Warum wird den Betreibern nur ein 10-jähriger Pachtvertrag angeboten?

Herr Kühnapfel:
Ja, da müssen wir eingreifen. Er ist noch nicht dazu gekommen. Er wird in der Verwaltung nächste Woche nachfragen.

Herr Blanke meldet einen Geschäftsordnungsantrag an.
Bitte beachten Sie, dass das für den nicht öffentlichen Teil ist.

Herr Hummer:
Die Inzidenzwerte fallen, es sollten alle Stadtverordneten wieder persönlich in der SVV und den Ausschüssen erscheinen.

Herr Kühnapfel:
Die Stadtverordnetenvertreter sind frei in ihrer Entscheidung.

Frau Küchenmeister:
Im Bericht aus der Verwaltung ging es um die Elternbeiträge. Wurden die Gebühren vom Landkreis zu 100 % oder 50% übernommen?

Frau Schwarzweller:
Das kann man noch nicht abschätzen. Wir hoffen, dass der Landkreis schnell eine Entscheidung findet. Falls eine Fraktion im Kreistag diese Frage stellen könnte, könnte das helfen.

Herr von Lützwitz:
Es sollte eine Liste erstellt werden, mit allen Ansprechpartnern der Ortsvorsteher.

Frau Schwarzweller:
Vor der nächsten Sitzung wird diese hoffentlich zur Verfügung gestellt.

Herr Klucke:
Draußen stehen noch einige Bürger, die heute nicht reingelassen wurden. Es gibt noch leere Plätze der Stadtverordneten. Wäre es möglich, dass die Bürger dort Platz nehmen können.
Wieso müssen die Spielgeräte der Kita Rappelkiste ersetzt werden?

Herr Kühnapfel:
Wenn freie Stühle da sind, können diese besetzt werden. Die Tische der Stadtverordneten sind nicht für Bürger vorgesehen.

Frau Schwarzweller:
Die Spielgeräte werden regelmäßig überprüft. Es gibt den TÜV Rheinland und Spezialisten, die sich mit Spielgeräten auskennen. Die Spielgeräte sollten moderner werden und es sollten ggf. auch neue angeschafft werden.

Herr Gurczik:
Am 7.5 saß die Planungsgemeinschaft Windkraft Zossen zusammen. Wer von der Stadt war dort anwesend und mit welchem Ergebnis?

Frau Schwarzweller:
Es waren 2 Mitarbeiter anwesend. Gestern gab es eine Telefonkonferenz. Weiteres wird dann im nicht öffentlichen Teil berichtet.

Herr Manthey:

Welche Veranlassung hatten Sie, Herr Kühnapfel in dem zuvor aufgerufen Tagesordnungspunkt eine Einwohnerin vortragen zu lassen? Seit 2008 ist er im Ortsbeirat in Zossen. Wir haben regelmäßig Frühjahrs- und Herbstputze durchgeführt. Er bedankt sich bei einigen Personen namentlich.

Herr Kühnapfel:

Das gibt es bei der Fragestunde des Öfteren. Manche Statements sind ellenlang und enthalten keine Fragen. Da die Bürgerin die Informationen sehr kurz fasste, war er gewillt, sie sprechen zu lassen. Er entscheidet das nach seinem Ermessen.

Von 19:49 Uhr bis 20:02 Uhr findet eine Pause statt.

zu 9 Offizielle Ernennung der Beiratsmitglieder Zukunft Zossen durch Frau Schwarzweller

Herr Manthey stellt einen Geschäftsordnungsantrag zur Vertagung des Tagesordnungspunktes in die Ausschüsse.

Sollte Frau Schwarzweller dem nicht zustimmen, so sei das kein guter Start für ein Projekt.

Aus Protest werde die Fraktion Plan B – offene Liste den Sitzungsraum verlassen und beantrage die Unterbrechung zwischen den Tagesordnungspunkten 9.1 und 10.

Frau Schwarzweller stimmt dem Geschäftsordnungsantrag nicht zu.

Herr Manthey, Herr Blanke, Herr Klucke und Herr Wilke verlassen aus Protest den Sitzungsraum um 20:05 Uhr.

Frau Schwarzweller:

Das Projekt benötigt keinen Beschluss aus der SVV. Sie stellt eine PowerPoint Präsentation vor. Diese wurde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt. Die Präsentation wird dem Urprotokoll beigelegt.

Es wurden folgende Personen benannt:

Beiratsvorsitz	Ronald Weiß
Bürgermeisterin	Wiebke Schwarzweller
Projektkoordination/ Partizipation	Rana Brentjes/ Christin Deja
Stadtverwaltung	Dirk Kommer
SVV/ INSEK	
Lokale Mobilität	Andreas Rasch
Modernes Quartier	Robert Glauche
Gemeinwohl	Christiane Witt
Schulen und Kitas	Ilona Schmitt
Unternehmen	Ralf Krause
Klimaschutzkonzept	Alexander Rümpel (bis August 2021)
Fördergeldakquise	noch offen

zu 9.1 Wahl eines Vertreters/ einer Vertreterin der Stadt Zossen in dem Modellprojekt "Zukunft Zossen"

Frau Leisten schlägt Frau Küchenmeister als Vertreterin der Stadt Zossen vor. Frau Küchenmeister ist bereit zu kandidieren.

Herr Reimer schlägt Herrn Reimann als Vertreter der Stadt vor.
Herr Reimann ist bereit zu kandidieren.

Es findet eine offene Wahl statt.

Frau Küchenmeister erhält 13 Stimmen.
Herr Reimann erhält 10 Stimmen.

Somit wurde Frau Küchenmeister mehrheitlich als Vertreterin der Stadt in das Modellprojekt „Zukunft Zossen“ gewählt.
Frau Küchenmeister nimmt die Wahl an.

Es findet von 20:26 Uhr bis 20:37 Uhr eine Pause statt, damit die Fraktionsmitglieder von Plan B – offene Liste wieder an der Sitzung teilnehmen können.

Herr Manthey, Herr Blanke, Herr Klucke und Herr Wilke nehmen ab 20:37 Uhr wieder an der Sitzung teil.

zu 10
zu 10.1

Beschlussvorlagen

Einbringung des Antrages der Fraktion Wir für Zossen vom 02.05.2021, eingegangen bei der Stadt Zossen am 03.05.2021: Bildung und Besetzung eines Zeitweiligen Ausschusses "Prüfungsausschuss (PA1)" zur Prüfung und Aufarbeitung des fast unbekanntes Projektes "Zukunft Zossen"
Vorlage: 069/21

Beschlussvorschlag:

1. Die sofortige Bildung des zeitweiligen Ausschusses „Prüfungsausschuss (PA 2), mit sechs Ausschussmitgliedern und bis zu fünf sachkundigen Einwohnern gemäß § 43 Abs. 1 BbgKVerf.
2. Die Besetzung des Ausschusses nach § 43 Abs. 2 BbgKVerf durch Benennung der Mitglieder und sachkundigen Einwohner durch die berechtigten Fraktionen und den Vorsitz gemäß § 43 Abs. 5 BbgKVerf durch die nächste berechtigte Fraktion.
3. Der Prüfungsauftrag des PA 2 umfasst als Themenschwerpunkt 1 die Aufarbeitung über das Zustandekommen dieser Projekte unter anderem sollen folgende Punkte geklärt werden:
 - 3.1. Initiierung
 - 3.1.1. Wer hat an dieser „Ausschreibung“ mitgewirkt?
 - 3.1.2. Auf welcher Grundlage ist hier von wem eine Auswahl getroffen wurden?
 - 3.1.3. Was sind die Inhalte der Bewerbung?
 - 3.1.4. Wo wurde diesbezüglich seitens der Verwaltung zur Beteiligung am Projekt ein Einwohnerweiter Aufruf gestartet und wann?
 - 3.1.5. Wer hat diese wie eingebracht?
 - 3.1.6. Welche Auswahlkriterien wurden auf welcher Grundlage herangezogen?
 - 3.1.7. Welche Kosten hat das Projekt bisher hervorgerufen und wofür sind diese angefallen?
 - 3.1.8. Sind dies Dinge der sog. „laufenden Verwaltung“?
 - 3.1.9. Warum ist dies bis heute ohne Einbeziehung der Stadtverordneten (SV) erfolgt?
 - 3.1.10. Warum wurden die SV bis heute hierzu nicht vollumfänglich informiert und um Mitarbeit gebeten?
4. Der Prüfungsauftrag des PA 2 umfasst als Themenschwerpunkt 2 die weitere Vorgehensweise innerhalb der Stadt Zossen unter anderem mit folgenden zu klärenden Punkten:
 - 4.1. zukünftige Organisation
 - 4.1.1. Welcher Gelder stehen konkret zur Verfügung?
 - 4.1.2. Es standen mehrere Projekte zur Auswahl (17):
 - 4.1.2.1. Wer hat diese mit welcher (fachlichen) Klassifizierung erarbeitet?
 - 4.1.2.2. Wo ist dazu ein Aufruf zur Mitarbeit über die Verwaltung

wann erfolgt?

- 4.1.2.3. *Wer hat warum entschieden, welche Projekte davon umgesetzt werden?*
- 4.1.2.4. *Welche Qualifikation hat/haben diese Personen?*
- 4.1.3. *Welche Firmen wurden hierzu warum einbezogen bzw. ggf. vertraglich gebunden und mit welchem Budget?*
- 4.1.4. *Wer ist Rana Brentjes und Roland Weiß?*
- 4.1.5. *Was befähigt diese beiden Beiratsvorsitzender bzw. Projektkoordinatorin zu sein?*
- 4.1.6. *Wer hat diese Entscheidung auf welcher Grundlage getroffen?*
- 4.1.7. *Wieso ist bei einem so weitreichenden Projekt nur ein SV vorgesehen?*
- 4.1.8. *Aktuell liegt das Projekt „Zukunft Zossen“ ausschließlich in den Händen von Personen, nicht dem § 28 der BbgKVerf unterliegen. Wie soll es stattdessen weitergehen?*
- 4.1.9. *Es ist einer neuer Maßnahmenplan zu fertigen, der auch das Teilnahmerecht der SVsichert und eine weitaus bessere Transparenz für alle Zossener bietet!*

Ggf. sind auch andere/neue Teilprojekte/Menschen/etc. einzubinden.

Die Fraktion Plan B – offene Liste hat vor Beginn der Sitzung schriftlich einen Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung eingereicht. Der Antrag wird dem Urprotokoll beigefügt.

Die durch Frau Küchenmeister eingereichten Änderungen wurden vorab an alle Ausschussmitglieder verteilt und werden dem Urprotokoll beigefügt.

Herr Just:

Jeder der Stadtverordneten kann sich in dem Projekt als Bürger mit einbringen. Vielleicht könnte man eine Sondersitzung SJBS/BBW machen.

Frau Küchenmeister zieht den Antrag nicht zurück. Sie möchte im SJBS und BBW gemeinsam darüber beraten. Dann kann man sehen ob ein stetiger oder befristeter Ausschuss von Nöten ist.

Frau Schwarzweller stimmt dem Prüfungsausschuss nicht zu. Die Verwaltung hat sich nichts vorzuwerfen. Das MIL sagt selbst, dass kein Beschluss der SVV nötig ist. Es handelt sich um ein Ehrenamt. Es ist nicht erforderlich einen Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung herbeizuführen. Wir sollten über einen Zukunftsausschuss nachdenken. Machen Sie sich ein Bild bis zur nächsten SVV und formulieren Sie dann einen neuen Antrag.

Frau Küchenmeister:

Der Antrag wurde extra geändert, dass es kein Prüfungsausschuss mehr ist. Jetzt gibt es 2 Optionen. Der Antrag wird nicht zurückgezogen und in einen Sonderausschuss vertagt.

Frau Schwarzweller:

Die Verwaltung kann eine Infoveranstaltung außerhalb des Sitzungskalenders machen. Dort können alle Stadtverordneten Fragen stellen. Dass das Projekt im Ausschuss beraten werden soll, ist gegenüber den Ehrenamtlern nicht in Ordnung. Es sollte einen Ausschuss geben der sich mit Zukunftsthemen beschäftigt und eine Infoveranstaltung. Sie erinnert an die Problematik der Geschäftsordnung – Rederecht mit Fragen und Antworten wird schlecht umsetzbar sein. Da wäre eine öffentliche Informationsveranstaltung besser, da man da nicht an die Geschäftsordnung gebunden ist. Wir können uns auf Augenhöhe besser beraten und müssen uns nicht an die 30 Minuten Fragezeiten halten.

Nach einer ausgiebigen Beratung mit Herrn Just, Herrn Njammasch, Herrn Kühnapfel, Herrn Schulz, Herrn Gurczik und Frau Leisten stellt Herr von Lützow einen Antrag zum Ende der Rednerliste und zum Ende der Debatte.

Abstimmung: 25 / 1 / 1

Herr Kühnapfel:

Plan B – offene Liste hat einen Antrag zur namentlichen Abstimmung vorgelegt. Frau Küchenmeister möchte den Antrag nicht zurückziehen. Entweder wird es einen Beschluss in der Sache zu Punkt 1 oder 2 geben oder wir verweisen die Beschlussvorlage in den SJBS und ggf. einen anderen Ausschuss.

Nach langer Diskussion über die Verfahrensweise beantragt Frau Küchenmeister eine Pause zur weiteren Beratung.

Die Pause findet von 21:16 Uhr bis 21:23 Uhr statt.

Frau Küchenmeister zieht den Antrag zurück.

Die Verwaltung wird vor der Sommerpause eine große Informationsveranstaltung organisieren, in der die Stadtverordneten im ersten Teil ihre Fragen stellen können und im zweiten Teil können die Einwohner dann ihre Fragen stellen.

Bei der Informationsveranstaltung werden wir sehen ob der Antrag obsolet ist.

zu 10.2 **Zustimmungsbedürftige Geschäfte der Zossener Wohnungsbau GmbH** **Vorlage: 072/21**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

- 1. Die Hauptverwaltungsbeamtin wird verpflichtet, im Fall zustimmungsbedürftiger Geschäfte der Zossener Wohnungsbau GmbH im Sinne des § 7 des Gesellschaftsvertrags vor Abgabe oder Verweigerung der Zustimmungserklärung die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung einzuholen.*
- 2. Sollte unverzügliches Handeln aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen zum Wohl der Gesellschaft geboten sein, bevor die Stadtverordnetenversammlung eine Entscheidung treffen konnte, wird die Hauptverwaltungsbeamtin verpflichtet, über die die Abgabe oder Verweigerung von Zustimmungserklärungen in der folgenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu informieren.*
- 3. Beschlussfassungen oder Zustimmungserklärungen, die für die Stadt als Gesellschafterin abgegeben werden, sind nachvollziehbar und transparent zu dokumentieren.*
- 4. Dieser Beschluss ist bis zur Konstituierung einer neuen Stadtverordnetenversammlung befristet.*

Die Fraktion Plan B – offene Liste hat vor Beginn der Sitzung schriftlich einen Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung eingereicht.

Frau Küchenmeister hat einen ähnlichen Antrag gestellt. Sie meldet Bedenken zu Punkt 2 und 4 an.

Abstimmung dazu, ob der online zugeschaltete Rechtsanwalt Herr Prof. Dr. Dombert Rederecht erhält:

24 / 0 / 2

Herr Dombert erklärt ausführlich die Beschlussvorlage.

Die Stadtverordneten können der Hauptverwaltungsbeamtin Anweisungen geben. Die Vertretung erfolgt durch die Bürgermeisterin, aber die Kontrolle durch die Stadtverordneten. Laut Kommunalaufsicht ist ein Bindungsbeschluss rechtswidrig. Deshalb habe er als Rechtsanwalt der Stadt den Beschluss so gefasst, dass es den rechtlichen Maßstäben genügt. Es muss eine Notkompetenz geben. Die Bürgermeisterin muss in Abstimmung mit der Geschäftsführung dazu in der Lage sein schnell zu handeln. Die ZWG wäre solange handlungsunfähig bis die Stadtverordnetenversammlung tagt. Frau Schwarzweller kann dann von ihrem Stimmrecht Gebrauch nehmen und muss dies dann der SVV mitteilen. Zu 3. bewährt sich das Prozedere kann es gerne verlängert werden.

Herr Reimer stellt einen Geschäftsordnungsantrag, dass die Sitzung bis einschließlich Tagesordnungspunkt 10.2. (Bahnquerung für Kraftfahrzeuge in Dabendorf innerorts) über 22:00 Uhr hinaus fortzuführen ist.

Abstimmung zur Fortsetzung der Sitzung: 24 / 4 / 1

Frau Schwarzweller:

Die Verwaltung hätte kein Problem, wenn sich rechtlich darstellen lässt, das gemeinsam mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden darüber abgestimmt wird. Der gesamte Aufsichtsrat hat ebenfalls eine Ladungsfrist.

Herr Njammasch stellt nach ausgiebiger Diskussion einen Geschäftsordnungsantrag zum Ende der Debatte und der Rednerliste und zur Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmung: 26 / 0 / 1

Herr Gurczik:

Er sieht kein Problem die Dinge mit dem Aufsichtsrat zu besprechen, da dieser auch aus Mitgliedern aus der SVV besteht.

Bitte stellen sie den Antrag schnellstmöglich und formulieren Sie das richtig aus. Er rät davon ab, den Beschluss heute zu fassen.

Frau Küchenmeister:

Bitte verweisen Sie den Antrag in den RSO, bis dahin können Sie den Antrag der Verwaltung aufarbeiten.

Frau Schwarzweller verweist den Antrag nicht und gibt zu Protokoll:

Sollte Nummer 2 in Frage kommen, informiere ich unverzüglich den Aufsichtsratsvorsitzenden. Der kann dann eine Aufsichtsratssitzung einberufen.

Vorlage 072/21 zur Abstimmung:

	JA	NEIN	Ent.		JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke	X			Her Magasch	X		
Herr Christ	X			Herr Manthey	X		
Herr Czesky	X			Herr Njammasch	X		
Herr Gurczik	X			Herr Preuß	X		
Herr Herrmann	X			Herr Reimann	X		
Herr Hummer			X	Herr Reimer	X		
Herr Just	X			Herr Rümpel	X		
Herr Käthe	X			Herr Schulz	X		
Herr Klucke	X			Frau Schwarzweller	X		
Herr Kniesigk	X			Herr Sloty	X		
Frau Küchenmeister			X	Herr von Lützwow	X		
Herr Kühnapfel	X			Herr Wilke	X		
Herr Leisten	X			Herr Wollgramm	X		
Frau Leisten			X	Herr Zurawski	-	-	-

Abstimmungsergebnis: 24 / 0 / 3

Der Beschlussvorlage wurde zugestimmt.

**zu 10.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2019 der Zossener Wohnungsbaugesellschaft und Entlastung der Geschäftsführung für das Jahr 2019 (Wiedervorlage)
Vorlage: 004/21**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen bestätigt die Feststellung des Jahresabschlusses 2019 der Zossener Wohnungsbaugesellschaft (ZWG) mit einer Bilanzsumme von 12.767.741,20 € und einem Jahresüberschuss von 75.980,28 €.

Der Geschäftsführung der Zossener Wohnungsbaugesellschaft wird für das Kalenderjahr

2019 Entlastung erteilt.

Die Fraktion Plan B – offene Liste hat vor Beginn der Sitzung schriftlich einen Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung eingereicht.

Herr Gurczik verlässt um 22:11 Uhr den Saal.

Namentliche Abstimmung zur BV-Nr. 004/21:

	JA	NEIN	Ent.		JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke	x			Her Magasch	x		
Herr Christ	x			Herr Manthey	x		
Herr Czesky	x			Herr Njammasch			x
Herr Gurczik				Herr Preuß		x	
Herr Herrmann	x			Herr Reimann		x	
Herr Hummer	x			Herr Reimer		x	
Herr Just	x			Herr Rümpel	x		
Herr Käthe	x			Herr Schulz			x
Herr Klucke	x			Frau Schwarzweller	x		
Herr Kniesigk	x			Herr Sloty		x	
Frau Küchenmeister	x			Herr von Lützwow	x		
Herr Kühnapfel		x		Herr Wilke	x		
Herr Leisten	x			Herr Wollgramm			x
Frau Leisten	x			Herr Zurawski			

Abstimmungsergebnis: 18 / 5 / 3

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich angenommen.

**zu 10.4 Einbringung einer Sacheinlage in die Schulbau Dabendorf GmbH über die ZWG
Vorlage: 065/21**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Einbringung einer Sacheinlage in die Zossener Wohnungsbaugesellschaft mbH (ZWG) um der Einzahlungsverpflichtung in das Eigenkapital der Schulbau Dabendorf GmbH nachzukommen.

a) Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt, die bereits erbrachten Leistungen für die Lüftungsdecke Küche kostenfrei in die Zossener Wohnungsbaugesellschaft mbH einzubringen. Durch die Einbringung der Sacheinlage erhöht sich der Finanzanlagewert der ZWG in der Bilanz der Stadt Zossen im Haushaltsjahr 2021 um 677.193,00 EUR. (zzgl. Planungsleistungen).

oder

b) Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt, die bereits erbrachten Leistungen für die Lüftungsdecke Küche in Höhe von 677.193,00 EUR. (zzgl. Planungsleistungen) an die Zossener Wohnungsbaugesellschaft mbH zu verkaufen.

Die Fraktion Plan B – offene Liste hat vor Beginn der Sitzung schriftlich einen Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung eingereicht.

Herr Gurczik ist um 22:14 Uhr wieder anwesend.

Herr Blanke, Herr Wilke und Herr Leisten verlassen um 22:14 Uhr die Sitzung.

Abstimmung zu b):

	JA	NEIN	Ent.		JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke				Her Magasch		x	
Herr Christ		x		Herr Manthey		x	
Herr Czesky	x			Herr Njammasch	x		
Herr Gurczik		x		Herr Preuß	x		
Herr Herrmann	x			Herr Reimann	x		
Herr Hummer		x		Herr Reimer	x		
Herr Just	x			Herr Rümpel	x		
Herr Käthe	x			Herr Schulz	x		
Herr Klucke		x		Frau Schwarzweller	x		
Herr Kniesigk		x		Herr Sloty	x		
Frau Küchenmeister		x		Herr von Lützow	x		
Herr Kühnapfel	x			Herr Wilke			
Herr Leisten				Herr Wollgramm	x		
Frau Leisten		x		Herr Zurawski			

Der Beschlussvorlage wurde zu b) mit 15 / 9 / 0 zugestimmt.

**zu 10.5 Antrag der Fraktion Plan B - offene Liste vom 29.04.2021, eingegangen bei der Stadt Zossen am 30.04.2021: Bildung und Besetzung eines Zeitweiligen Ausschusses „Prüfungsausschuss (PA 1)“ zur Prüfung und Aufarbeitung der Probleme rund um die neue Gesamtschule Dabendorf und Unterbreitung von Lösungsvorschlägen
Vorlage: 067/21**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. *Die sofortige Bildung des zeitweiligen Ausschusses „Prüfungsausschuss (PA 1), mit sechs Ausschussmitgliedern und fünf sachkundigen Einwohnern gemäß § 43 Abs. 1 BbgKVerf.*
2. *Die Besetzung des Ausschusses nach § 43 Abs. 2 BbgKVerf durch Benennung der Mitglieder und sachkundigen Einwohner durch die berechtigten Fraktionen und den Vorsitz gemäß § 43 Abs. 5 BbgKVerf durch die nächste berechtigte Fraktion.*
3. *Der Prüfungsauftrag des PA 1 umfasst als Themenschwerpunkt 1 den Ausbau der Straße zum Königsgraben, Jägerstraße, Umsetzung der BV 110/19, unter anderem mit folgenden zu klärenden Punkten:*

3.1. Planung

3.1.1. War die Planung 2019 vollständig fertiggestellt?

3.1.2. War der VTF als Schulbusbetreiber in die Planung einbezogen?

3.1.3. Entspricht diese Planung den Vorgaben an den Straßenbau?

3.1.4. Musste 2020/21 um- oder neugeplant werden?

3.1.5. Aus welchen Gründen wurde die BV 110/19 bis jetzt nicht umgesetzt?

3.1.6. Was ist erforderlich, um die BV zügig umzusetzen?

3.2. Haushalterische Absicherung des Straßen- und Gehwegbaus

3.2.1. In welcher Höhe wurden im Doppelhaushalt 2020/21 Gelder für den Straßen- und Gehwegbau eingestellt? In welcher Haushaltsstelle?

- 3.2.2. *Ab wann war das Geld verfügbar? Wieso wurde es nicht ausgegeben?*
- 3.2.3. *Wann wurden Fördermittel beantragt? In welcher Höhe?*
- 3.2.4. *Ist der Bau der Straße, des Geh- und Radweges und der Beleuchtung jetzt finanziell abgesichert?*
- 3.2.5. *Was ist erforderlich, um dies zügig umzusetzen?*
- 3.3. *Baumfällarbeiten*
- 3.3.1. *Wann wurde der Antrag auf Baumfällung gestellt?*
- 3.3.2. *In welchem Umfang, gesamte neue Straße und Gehweg, oder nur Teilbereich?*
- 3.3.3. *Wann erfolgte die Genehmigung durch den Landkreis oder die Nichtgenehmigung?*
- 3.3.4. *Was ist zu tun, um die noch ausstehenden Baumfällungen zügig umzusetzen?*
- 3.4. *Anfertigung eines Abschlussberichtes zu diesen Punkten, um den betroffenen Eltern, Schülern und Lehrern Antworten geben zu können und zu klären, wodurch die nicht rechtzeitige Umsetzung der BV 110/19 vor Schulbeginn verursacht wurde und wie die BV nun bis wann realisiert wird.*
4. *Der Prüfauftrag des PA 1 umfasst als Themenschwerpunkt 2 die Ausstattung der neuen Gesamtschule mit Interaktiven Smartboards und der PC-Kabinette durch die Stadt Zossen unter anderem mit folgenden zu klärenden Punkten:*
- 4.1. *Welche Planungen für diese Ausstattung wurden bis Ende 2019 durchgeführt?*
- 4.2. *Welche Planungen wurden in 2020 durchgeführt?*
- 4.3. *Wann ergab sich auf welcher Grundlage die Kostensteigerung?*
- 4.4. *Wann erfolgte die Ausschreibung?*
- 4.5. *Bis wann erfolgt die Ausstattung?*
- 4.6. *Anfertigung eines Abschlussberichtes zu diesen Punkten, um den betroffenen Eltern, Schülern und Lehrern Antworten geben zu können.*
5. *Der Prüfauftrag des PA 1 umfasst als Themenschwerpunkt 3 die Betreuung der Vollküche im Mehrzweckgebäude unter anderem mit folgenden Punkten:*
- 5.1. *Was war hinsichtlich der Betreuung durch die Stadt bis Ende 2019 vorbereitet und organisiert?*
- 5.2. *Wie war konkret das Betreibermodell bis 2019? Betreuung durch einen Dritten oder durch eigenes städtisches Personal?*
- 5.3. *Warum wurde in 2020 nicht an der Umsetzung dieses Betreibermodells durch die Stadt gearbeitet? Was wurde in 2020 konkret für die Umsetzung der Eigenbetreuung unternommen?*
- 5.4. *Woran scheitert die Eigenbetreuung zum Schulbeginn?*
- 5.5. *Wie weit ist die Vorbereitung der Eigenbetreuung und Kalkulation bis jetzt?*
- 5.6. *Wie ist der Stand der Ausschreibung für einen externen Betreiber für August bis Dezember 2021?*
- 5.7. *Wann wurde ausgeschrieben, mit welcher Resonanz?*
- 5.8. *Was ist erforderlich, um die Eigenbetreuung durch die Stadt zügig zu realisieren?*
- 5.9. *Anfertigung eines Abschlussberichtes zu diesen Punkten, um den betroffenen*

Eltern, Schülern und Lehrern Antworten geben zu können.

6. Zur Unterstützung der Arbeit des PA 1 wird die Bürgermeisterin gebeten, zügig alle Unterlagen zur Verfügung zu stellen und zeitlich bevorzugt auf die Fragen des Ausschusses zu antworten. Des Weiteren ist die Beratung mit den fachlich zuständigen Mitarbeitern des Rathauses zu ermöglichen. Soweit Dritte einbezogen waren (Planer, Berater) ist die Beratung mit diesen im Ausschuss zu ermöglichen.
7. Der Ausschuss wird zur Prüfung der oben festgelegten Themen zeitlich befristet gebildet und beendet seine Arbeit mit der Vorlage der Abschlussberichte, inklusive Lösungsvorschläge an die SVV. Die Arbeit soll möglichst bis zum Beginn des neuen Schuljahres (August 2021) abgeschlossen sein, um den Eltern, Schülern und Lehrern dann belastbare Aussagen zu den Problemen und Lösungsvorschläge geben zu können.

Die Fraktion Plan B – offene Liste hat vor Beginn der Sitzung schriftlich einen Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung eingereicht.

Frau Schwarzweller:

Der Prüfungsausschuss ist nicht notwendig. Die Fragen können gerne im RSO und SJBS geklärt werden. Die Antworten zu den Fragen können zur Verfügung gestellt werden.

Herr Reimer beantragt die Verweisung in den RSO, da der dem Antrag sonst nicht zustimmen kann.

Herr Klucke möchte den Antrag zur Abstimmung geben.

Herr Leisten ist ab 22:17 Uhr wieder im Saal.

Herr Christ verlässt ab 22:19 Uhr den Saal und ist ab 22:22 Uhr wieder da.

Herr Gurczik verlässt um 22:19 Uhr den Saal.

Namentliche Abstimmung zur BV-Nr. 067/21:

	JA	NEIN	Ent.		JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke	-	-	-	Herr Magasch			x
Herr Christ	x			Herr Manthey	x		
Herr Czesky		x		Herr Njammasch		x	
Herr Gurczik	-	-	-	Herr Preuß		x	
Herr Herrmann		x		Herr Reimann		x	
Herr Hummer			x	Herr Reimer		x	
Herr Just		x		Herr Rümpel		x	
Herr Käthe		x		Herr Schulz		x	
Herr Klucke	x			Frau Schwarzweller		x	
Herr Kniesigk			x	Herr Sloty		x	
Frau Küchenmeister			x	Herr von Lützow		x	
Herr Kühnapfel		x		Herr Wilke	-	-	-
Herr Leisten			x	Herr Wollgramm		x	
Frau Leisten			x	Herr Zurawski	-	-	-

Abstimmungsergebnis: 3 / 15 / 6

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

zu 10.6 **Bahnquerung für Kraftfahrzeuge in Dabendorf innerorts - Festlegung der Variante**
Vorlage: 063/21

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1.) *Eine Eisenbahnüberführung mit Geh- und Radweg (Tunnel) in der Goethestraße wird geschaffen, der Übergang in der Brandenburger Straße entfällt. Option 1; 15.310 TEUR*

2.) *Eine Eisenbahnüberführung in der Goethestraße und eine Geh- und Radwegunterführung in der Brandenburger Straße werden geschaffen. Option 2-1; 17.259 TEUR*

oder

3.) *Eine Eisenbahnüberführung mit Geh- und Radweg in der Goethestraße und eine Geh- und Radwegunterführung in der Brandenburger Straße werden geschaffen. Option 2.2; 20.175 TEUR*

Die Fraktion Plan B – offene Liste hat vor Beginn der Sitzung schriftlich einen Geschäftsordnungsantrag zur namentlichen Abstimmung eingereicht.

Frau Schwarzweller:

Wir haben einen Rechtsanspruch zur Überführung in der Goethestraße oder Brandenburger Straße. An der Nordumfahrung beteiligt sich die Bahn nicht. Wir werden das B-Plan Verfahren splitten und halten an der Nordumfahrung fest. Wir müssen das alleine finanzieren und ggf. Fördermittel beantragen.

Herr Manthey:

Die Bürgerbefragung 2008 hat sich zu 50% gegen eine innerörtliche Querung mit Fahrzeugen entschieden. Am 3.5 habe er Fragen im Finanzausschuss abgegeben.

Herr Manthey gibt einen Vorschlag zur Beschlussänderung zu Protokoll:

Änderungsantrag der Faktion Plan B – offene Liste

An Nummer 3 wird folgendes angefügt:

„Die schon getroffene Entscheidung der SVV zur Nordumfahrung hat weiterhin oberste Priorität. Die Bürgermeisterin hat alles zu tun, um die Realisierung der Nordumfahrung möglichst noch vor der innerörtlichen Querung sicherzustellen. Insbesondere sind die finanziellen Mittel für die Nordumfahrung abzusichern, der Bau der innerörtlichen Querung darf finanziell nicht zu Lasten der Nordumfahrung gehen.

Frau Schwarzweller:

Die Frage mit der Nordumfahrung stellt sich bei der heutigen Tagesordnung nicht. Wir haben nicht umsonst alle informiert und mit Rangsdorf eine bessere Lösung gefunden. Die Notwendigkeit des Änderungsantrages stellt sich nicht.

Herr Preuß:

Der Änderungsantrag hat eine gewaltige Auswirkung auf den Haushalt.

Herr Reimer:

Der Antrag stammt aus dem Ortsbeirat, fand dort aber bereits keine Zustimmung.

Herr Kühnapfel:

Die Bahn möchte von uns wissen, wie wir uns entscheiden. Wir stimmen zu Punkt 3 ab. Die Nordumfahrung ist unsere Sache und nicht die der Bahn.

Frau Schwarzweller:

Wir werden keinem Änderungsantrag zustimmen der in die Planungsleitung der Bahn eingreift. Es wird kein verbindliches Versprechen geben. Planungstechnisch machen wir alles dafür, dass die Nordumfahrung so schnell wie möglich kommt.

Herr Preuß stellt einen Geschäftsordnungsantrag zum Ende der Debatte.
 Abstimmung zum Ende der Debatte: 18 / 2 / 2

Namentliche Abstimmung zu 3) mit der Option 2.2:

	JA	NEIN	Ent.		JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke				Her Magasch			x
Herr Christ		x		Herr Manthey		x	
Herr Czesky	x			Herr Njammasch	x		
Herr Gurczik				Herr Preuß	x		
Herr Herrmann	x			Herr Reimann	x		
Herr Hummer		x		Herr Reimer	x		
Herr Just	x			Herr Rümpel	x		
Herr Käthe	x			Herr Schulz	x		
Herr Klucke		x		Frau Schwarzweller	x		
Herr Kniesigk		x		Herr Sloty	x		
Frau Küchenmeister		x		Herr von Lützwow	x		
Herr Kühnapfel	x			Herr Wilke			
Herr Leisten	x			Herr Wollgramm	x		
Frau Leisten			x	Herr Zurawski			

Abstimmungsergebnis: 16 / 6 / 0

Die Beschlussvorlage wurde angenommen.

Herr Kühnapfel unterbricht die Sitzung um 22:53 Uhr und erklärt, dass die Sitzung am 19.05.2021 um 18:30 Uhr fortgesetzt wird.

Hermann Kühnapfel
 Vorsitzender der
 Stadtverordnetenversammlung

Carolin Peidelstein
 Protokollantin (18.05.2021)



Niederschrift zur Fortführung der 5.öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen

Sitzungstermin: Mittwoch, den 19.05.2021
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: Uhr
Ort, Raum: Sporthalle Dabendorf, Jägerstraße 13, 15806 Zos
Dabendorf

Anwesend sind:

Stadtverordnete(r)

Herr Thomas Blanke
Herr Stefan Christ
Herr Thomas Czesky
Herr Detlef Gurczik
Herr Markus Herrmann
Herr Peter Hummer
Herr René Just
Herr Wilfried Käthe
Herr Detlef Klucke
Herr Torsten Kniesigk
Frau Janine Küchenmeister
Herr Hermann Kühnapfel
Herr Edgar Leisten
Frau Martina Leisten
Herr Norbert Magasch
Herr Olaf Manthey
Herr Marko Njammasch
Herr Carsten Preuß
Herr Max Reimann
Herr Sven Reimer
Herr Alexander Rümpel
Herr Reinhard Schulz
Herr Steffen Sloty
Herr Rolf von Lützow
Herr Matthias Wilke
Herr Wolf-Dieter Wollgramm

Bürgermeisterin

Frau Wiebke Schwarzweller

Protokollantin

Frau Carolin Peidelstein

Es fehlen:

Stadtverordnete(r)

Herr Rainer Zurawski

entschuldigt

Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Kühnapfel am 19.05.2021 um 18:38 Uhr fortgeführt.

Es sind 24 Stadtverordnete im Saal anwesend und 2 online. Somit sind 26 Stadtverordnete anwesend.

Herr Czesky und Herr Wollgramm nehmen online an der Sitzung teil.

**zu 10.7 Offenlagebeschluss des Bebauungsplanes Machnower Chaussee neben NETTO
Vorlage: 043/21**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt

1. *Der Entwurf des Bebauungsplanes „Wohngebiet Machnower Chaussee“, der Plan mit der Begründung wird in der vorliegenden Form gebilligt.*

und

2. *Der Entwurf des Bebauungsplans „Wohngebiet Machnower Chaussee“ wird gemäß § 3 (2) BauGB für die Öffentlichkeitsbeteiligung im Rathaus und auf der Internetseite der Stadt Zossen ausgelegt. Die Bekanntmachung erfolgt ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Zossen. Parallel erfolgt die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB.*

Herr Wilke:

Im BBW wurde noch nicht über das Thema gesprochen. Es ist aktuell ein Wendehammer geplant und das ist ein Problem bei Feuerwehreinsätzen. Es sollten min. zwei Zufahrtsstraßen geplant werden.

Herr Just:

Er verweist die Beantragung in den BBW um dort über weitere Alternativen zu sprechen.

Frau Schwarzweller:

Die Verwaltung wird die Beschlussvorlage in den BBW verweisen und sich mit dem Investor kurzschließen und diesen dann zum BBW einladen. Die Punkte Zufahrtsstraßen und Löschwasser werden wir dann gemeinsam im BBW beraten.

Abstimmung zur Verweisung in den BBW: 26 / 0 / 0

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig in den BBW vertagt.

**zu 10.8 Offenlagebeschluss für den 2. Entwurf des Bebauungsplanes „An der Trebbiner Landstraße“ im Gemeindeteil Werben des Ortsteils Glienick
Vorlage: 054/21**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. *Der 2. Entwurf des Bebauungsplanes „An der Trebbiner Landstraße“, der Plan mit Begründung wird in vorliegender Form gebilligt.*

und

2. *Der 2. Entwurf des Bebauungsplanes „An der Trebbiner Landstraße“ wird gemäß § 3 (2) BauGB für die Öffentlichkeitsbeteiligung im Rathaus ausgelegt. Eine Veröffentlichung im Internet erfolgt ebenfalls. Die Bekanntmachung erfolgt ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Zossen. Parallel erfolgt die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB.*

Die Fraktion Plan B – offene Liste hat vor Beginn der Sitzung schriftlich einen Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung eingereicht. Der Antrag wird dem Urprotokoll beigefügt.

Herr Reimer bittet darum, dass die Tagesordnungspunkte 10.8 und 10.9 in den BBW vertagt werden.

Frau Schwarzweller bittet um Abstimmung, da sich nichts weiter geändert hat und das Thema bereits seit Jahren diskutiert wird.

Herr Just:

Sollte kein Zeitdruck sein, bittet auch er um die Vertagung der Beschlussvorlage.

Herr Gurczik stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Abstimmung zum Ende der Debatte: 19 / 4 / 3

Namentliche Abstimmung zur BV-Nr. 054/21:

	JA	NEIN	Ent.		JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke			x	Her Magasch	x		
Herr Christ	x			Herr Manthey			x
Herr Czesky	x			Herr Njammasch	x		
Herr Gurczik	x			Herr Preuß			x
Herr Herrmann	x			Herr Reimann			x
Herr Hummer	x			Herr Reimer			x
Herr Just			x	Herr Rümpel			x
Herr Käthe	x			Herr Schulz	x		
Herr Klucke				Frau Schwarzweller	x		
Herr Kniesigk	x			Herr Sloty			x
Frau Küchenmeister	x			Herr von Lützow	x		
Herr Kühnapfel	x			Herr Wilke		x	
Herr Leisten	x			Herr Wollgramm	x		
Frau Leisten	x			Herr Zurawski			

Abstimmungsergebnis: 17 / 1 / 8

Herr Klucke ist ab 18:57 Uhr online dazu geschaltet. Aufgrund von technischen Problemen wird er bei der Abstimmung nicht gehört.

**zu 10.9 Offenlagebeschluss für den Entwurf des Bebauungsplanes "Nächst Neuendorfer Landstraße" in Zossen
Vorlage: 058/21**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. *Den Entwurf des Bebauungsplanes „Nächst Neuendorfer Landstraße“ wird in der vorliegenden Form gebilligt.*

und

2. *Der Entwurf des Bebauungsplanes „Nächst Neuendorfer Landstraße“ wird gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich ausgelegt. Die Bekanntmachung erfolgt ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Zossen. Parallel werden die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB beteiligt.*

Frau Schwarzweller:

Es bedarf einer Beratung im BBW und Ortsbeirat. Wir sollten mit dem Investor nochmal darüber reden.

Herr Reimer beantragt die Verweisung in den BBW.

Abstimmung zur Verweisung in den Ortsbeirat und BBW: 26 / 0 / 0

**zu 10.10 Befreiung von den Festsetzungen des Vorhaben- und Erschließungsplanes "Am Mittelweg"; Hier: Geschossigkeit, Fenstergestaltung, Lage der Eingangstür
Vorlage: 059/21**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Befreiungen von den Festsetzungen der Gestaltung der Fenster im Format 2:3, der Lage der Eingangstür auf der nicht dem Straßenraum zugewandten Seite sowie der zulässigen Zahl der Vollgeschosse auf dem Flurstück 342/74, Flur 1 in der Gemarkung Nächst Neuendorf.

Die Fraktion Plan B – offene Liste hat vor Beginn der Sitzung schriftlich einen Geschäftsordnungsantrag auf namentlichen Abstimmung eingereicht. Der Antrag wird dem Urprotokoll beigefügt.

Herr Christ:

Betrifft es nur das Flurstück oder das gesamte Gebiet? Die Begründung sollte ausführlicher sein.

Frau Schwarzweller:

Es handelt sich um ein Flurstück. Es gab bereits diverse Abstimmungen mit den Nachbarn und diese stimmen dem Projekt zu. Der Eigentümer kann aktuell seine Vorstellungen nicht umsetzen.

Herr Leisten:

Ist es sehr eilig oder kann man die Beschlussvorlage in den BBW vertagen?

Frau Schwarzweller:

Die Beschlussvorlage ist abstimmungswürdig. Der Eigentümer soll weiter planen und dann bauen können.

Herr Czesky:

Der Ortsbeirat hat nichts dagegen. Es sind oft nur Sonderwünsche die beschlossen werden müssen.

Namentliche Abstimmung zur BV-Nr. 059/21:

	JA	NEIN	Ent.		JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke	x			Her Magasch	x		
Herr Christ	x			Herr Manthey		x	
Herr Czesky	x			Herr Njammasch	x		
Herr Gurczik	x			Herr Preuß		x	
Herr Herrmann	x			Herr Reimann			x
Herr Hummer	x			Herr Reimer	x		
Herr Just	x			Herr Rümpel	x		
Herr Käthe	x			Herr Schulz	x		
Herr Klucke		x		Frau Schwarzweller	x		
Herr Kniesigk	x			Herr Sloty		x	
Frau Küchenmeister	x			Herr von Lützow	x		
Herr Kühnapfel	x			Herr Wilke		x	
Herr Leisten	x			Herr Wollgramm			x
Frau Leisten	x			Herr Zurawski			

Abstimmungsergebnis: 20 / 5 / 2

Die Beschlussvorlage 059/21 ist angenommen.

**zu 10.11 Teilaufhebung des Beschlusses 098/20, Nr. 3, Ulrich Böhme - Berufung sachkundiger Einwohner in die Fachausschüsse der Stadt Zossen
Vorlage: 068/21**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen hebt den Beschluss Nr. 098/20 vom 04.11.2020 hinsichtlich der Berufung von Herrn Ulrich Böhme (Ziffer 3., 1. Name) als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Finanzen der Stadt Zossen auf.

Die Fraktion Plan B – offene Liste hat vor Beginn der Sitzung schriftlich einen Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung eingereicht. Der Antrag wird dem Urprotokoll beigelegt.

Frau Schwarzweller:

Das Thema wurde bereits ausführlich im RSO behandelt. Aktuell ist Herr Böhme sachkundiger Einwohner. Wenn der Finanzausschuss dies aber nicht möchte und wir dem folgen, müssen wir heute darüber abstimmen. Wir sind immer den Vorschlägen der Gremien gefolgt. Wir sollten da im Finanzausschuss keine Ausnahme machen. Herr Böhme kann sich dazu im nicht öffentlichen Teil des Finanzausschusses äußern und dann wird im Finanzausschuss abgestimmt und in der nächsten SVV beschlossen.

Herr Kühnapfel:

Der Finanzausschuss hat das so entschieden. Die Abstimmung war geheim gewesen. Wir haben jetzt eine neue Zusammensetzung des Finanzausschusses. Wir sollten der Teilaufhebung zustimmen und den Tagesordnungspunkt „Bewerbung Herr Böhme“ erneut in den nächsten Finanzausschuss geben. Der Gesamtbeschluss ist nicht einwandfrei gefasst worden.

Wenn der Beschlussvorlage zugestimmt wird, dann wird der Finanzausschuss erneut darüber beraten.

Wird der Beschlussvorlage nicht zugestimmt, dann ist der ursprüngliche Beschluss für alle in Ordnung und Herr Böhme ist sachkundiger Einwohner.

Namentliche Abstimmung zur BV-Nr.068/21:

	JA	NEIN	Ent.		JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke		x		Her Magasch		x	
Herr Christ		x		Herr Manthey		x	
Herr Czesky	x			Herr Njammasch	x		
Herr Gurczik		x		Herr Preuß	x		
Herr Herrmann	x			Herr Reimann	x		
Herr Hummer		x		Herr Reimer	x		
Herr Just	x			Herr Rümpel	x		
Herr Käthe	x			Herr Schulz	x		
Herr Klucke		x		Frau Schwarzweller	x		
Herr Kniesigk		x		Herr Sloty	x		
Frau Küchenmeister		x		Herr von Lützow	x		
Herr Kühnapfel			x	Herr Wilke		x	
Herr Leisten		x		Herr Wollgramm			x
Frau Leisten		x		Herr Zurawski			

Abstimmungsergebnis: 13 / 12 / 2

Die Beschlussvorlage wurde angenommen. Der Finanzausschuss nimmt eine erneute Anhörung vor, wenn die Bewerbung erhalten bleibt.

Von 19:34 Uhr bis 19:46 Uhr findet eine Pause statt.

Nach der Pause teilt Herr Kühnapfel mit, dass die Bewerbung von Herrn Böhme bestehen bleibt.

**zu 10.12 Antrag der Fraktion DIE LINKE/SPD Zossen vom 24.02.2021, eingegangen in der Stadt Zossen am 02.03.2021: Städtebauliche Folgekostenverträge
Vorlage: 047/21**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

- 1. Ab sofort macht die Stadt Zossen Folgekosten vertraglich mit Investoren/Vorhabenträger von B-Plänen in städtebaulichen Verträgen (Folgekostenverträge) geltend, die laut BauGB § 11 nur als Kann-Bestimmung geregelt sind.*
- 2. Durch die Stadtverordnetenversammlung können in begründeten Einzelfällen Ausnahmen beschlossen werden.*

Die Beschlussvorlage wurde vom Einreicher zurückgezogen.

**zu 10.13 Antrag der Fraktion DIE LINKE/ SPD Zossen vom 18.04.2021 eingegangen bei der Stadt Zossen am 19.04.2021: Waldstadtcharakter in Wünsdorf-Waldstadt erhalten
Vorlage: 064/21**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die SVV unterstützt die Verwaltung in ihrem Bestreben, diese Entwicklung zu stoppen.

Die Verwaltung wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu prüfen, die den Erhalt des Waldstadtcharakters sichern und wiederherstellen.

Die dafür geeigneten Maßnahmen sind dann den entsprechenden Fachausschüssen zur weiteren Beratung sowie der SVV zum Beschluss vorzulegen.

Vor der Sitzung wurde die Änderung der Begründung schriftlich an alle Stadtverordneten verteilt.

Es geht um einen 5. Anstrich mit folgendem Inhalt:

- Prüfung des Rahmenvertrages zwischen der EWZ und der damaligen Gemeinde Waldstadt zur Entwicklung der Gemeinde Waldstadt und Wünsdorf im Geltungsbereich des ehemaligen Militärgebietes in der Fassung vom 05.12.1996. Hier heißt es in Teil D, Planungshoheit der Gemeinde, § 1 Absatz 1, Buchstabe c: "Der prägende Waldcharakter soll erhalten und geschützt werden".(geprüft werden sollte auch Teil C, § 1 Absätze 1 und 2 des Rahmenvertrages).

Herr Preuß stellt den Antrag vor und bittet um Abstimmung.

Frau Schwarzweller:

Das Verfahren ist sehr komplex und umständlich. Es wird bereits an der Baumschutzsatzung gearbeitet. Die Verwaltung tut alles dafür, dass der Charakter erhalten bleibt. Der Handlungsspielraum ist gefährdet. Der Antrag sollte ergänzt werden um „... wenn die Verwaltung eigenständig Maßnahmen in die Ausschüsse geben kann...“.

Frau Küchenmeister:

Es wurde mal ein Prozess ausgemacht. Die Anträge sollen erst in die Ausschüsse und dann in die SVV. Sie bittet darum, dass das Verfahren auch weiterhin so genutzt wird.

Herr Kühnapfel:

Bitte bedenken Sie, das ist nicht mehr oder weniger als eine Absichtserklärung und ein Arbeitsauftrag an die Verwaltung. Begründungen werden nicht beschlossen.

Herr Reimer:

Es sollte für das gesamte Gebiet und nicht nur den Stadtteil geprüft werden. Es gab in Wünsdorf eine Fällgenehmigung vom Landkreis. Woanders entscheidet wiederum der Förster. Die einzige Lösung ist eine Baumschutzsatzung. Er bittet darum den Antrag in den BBW und RSO zu verweisen.

Herr von Lützwow:

Die Beschlussvorlage ist soweit in Ordnung aber der Ortsbeirat fehlt.

Herr Blanke:

Der Beschlusstext ist nicht beschlussfähig. Waldstadt als Begriff zu retten geht nicht, da das ein Kunstbegriff ist. Der tatsächliche Charakter hat sich in den letzten 25 Jahren verschoben. Waldstadt ist seinem Namen nicht mehr würdig, aber das soll es wieder werden. Warum haben das die anderen Ortsteile nicht auch? Bitte die Beschlussvorlage in die Ausschüsse geben.

Frau Schwarzweller:

Wir wollen alle nicht, das alte Eichen gefällt werden. Wir haben verstanden, dass wir so nicht mit unseren Ressourcen umgehen können. Die Prozesse sind bereits in der Vorbereitung und sollen dann in die SVV zur Abstimmung. In dem Beschluss wird die Verwaltung erst aufgefordert über die Maßnahmen zu diskutieren, obwohl diese bereits in der Vorbereitung sind.

Herr Preuß:

Unter Anstrich 3 muss neben den Fachausschüssen der Ortsbeirat ergänzt werden. Die Verwaltung ist immer in der Lage pro aktiv zu werden und Ideen zum Erhalt mit einzubringen. Der Beschluss hindert die Verwaltung nicht daran selbst tätig zu werden. Es sind nur mögliche Beispielinstrumente. Das kann die Verwaltung ergänzen oder anders sehen. Es ist nur eine Anregung. Er empfiehlt über die Beschlussvorlage heute abzustimmen.

Herr Reimer:

Die Überschrift sollte geändert werden. Es sollte nicht nur Wünsdorf Waldstadt sondern auch die anderen Stadtteile enthalten sein.

Geänderte Beschlussvorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die SVV unterstützt die Verwaltung in ihrem Bestreben, diese Entwicklung zu stoppen.

Die Verwaltung wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu prüfen, die den Erhalt des Waldstadtcharakters sichern und wiederherstellen.

Die dafür geeigneten Maßnahmen sind dann den entsprechenden Fachausschüssen und Ortsbeiräten zur weiteren Beratung sowie der SVV zum Beschluss vorzulegen.

Abstimmung zur geänderten Beschlussvorlage: 21 / 0 / 5

Der geänderte Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

Herr Kühnapfel schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:17 Uhr.

Die Sitzung wird nach einer Lüftungspause und Herstellung der Nichtöffentlichkeit ab 20:26 Uhr fortgesetzt.

Hermann Kühnapfel
Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Carolin Peidelstein
Protokollantin (26.05.2021)